Artikel vom 13.09.2022

Bericht aus der Kabinettssitzung

Bayern fordert Abschaffung der Gasumlage

Per Bundesratsinitiativen will Bayern die stark steigenden Energiekosten in Deutschland ausbremsen. Das Kabinett beschloss entsprechende Anträge zur Abschaffung der umstrittenen Gasumlage und zur Senkung der Spritpreise. Die Preissteigerungen bei Gas, Strom, Benzin und Diesel sind neben der hohen allgemeinen Inflation „eine zusätzliche, kaum mehr tragbare Belastung sowohl für Unternehmen wie auch für Verbraucherinnen und Verbraucher". Insbesondere sind davon Pendlerinnen und Pendler im ländlichen Raum betroffen, die auf ihr Fahrzeug angewiesen seien.

Die zum 1. Oktober in Kraft tretende Gasumlage bewirkt weitere Kostensteigerungen für private wie gewerbliche Verbraucher, obwohl diese durch die ohnehin bereits stark gestiegenen Energiepreise zusätzlich belastet sind.

Die Kraftstoffpreise für Benzin und Diesel in Deutschland gehörten mit zu den höchsten in Europa, kritisierte Finanzminister Albert Füracker. Es sei daher notwendig, Gegenmaßnahmen zu ergreifen, etwa durch eine Senkung der Steuern auf Benzin und Diesel auf das EU-Mindestmaß. Zudem müsse die Bundesregierung sicherstellen, dass alle Entlastungen auch tatsächlich bei den Endverbraucherinnen und Endverbrauchern ankommen.

Füracker betonte zudem erneut, dass der Bund mit den Ländern über die Finanzierung der Entlastungspakete verhandeln müsse. Der Beschluss des Bundes habe erhebliche Rückwirkungen

für die Haushalte der Länder bei der Einhaltung der Schuldenbremse. Es sei nicht akzeptabel, dass der Bund bei seinen Beschlüssen die finanziellen Folgen für die Länder in keiner Weise beachtet. Die Länder hätten - anders als der Bund - keine Möglichkeit, die Schuldenbremse dafür auszusetzen. Daher müsse er nun auch seine Spielräume nutzen.

„Wir wenden uns nicht gegen Entlastungen", sagte Füracker. Fakt sei aber, dass kaum ein Land in der Lage sein dürfte, die vom Bund geplanten Entlastungen zu finanzieren. Er gehe davon aus, dass das Thema auch in den kommenden Wochen bei einer Konferenz der Ministerpräsidenten und Ministerpräsidentinnen zur Sprache kommen werde. Alleine für Bayern lägen die Kosten für das dritte Entlastungspaket, welches noch nicht beschlossen ist, bei mehr als drei Milliarden Euro. „Wir kommen an die Grenze, was zu stemmen ist."

Aufklärungskampagne zum Missbrauch von Cannabiskonsum

Der Freistaat Bayern investiert 1,6 Milliarden Euro in eine Aufklärungskampagne zum Thema Missbrauch von Cannabisprodukten an Schulen. „Wir wollen das Risiko bewusst machen", sagte Gesundheitsminister Klaus Holetschek. Bayern regiert damit auf die Absicht der Bundesregierung, den Genuss von Cannabisprodukten wie etwa Marihuana in einem bestimmten Umfang zu legalisieren.

Holetschek hatte sich wiederholt kritisch zu den Plänen aus Berlin geäußert. Es gebe keine vernünftige Rechtsgrundlage, die eine Legalisierung von Cannabis ermögliche.

2022 bis 2024 sollen jährlich 1500 Schulklassen der 8. und 9. Jahrgangsstufe in Workshops unter anderem von externen Experten über den Umgang mit Cannabis informiert werden.

Die Beschlüsse des Kabinetts finden Sie hier.